

KREIS STEINFURT



Integrationsbetriebe in Westfalen-Lippe: Bei der AGA Detmold produzieren Behinderte Kunststoffteile, in der Firma „Varia“ in Münster werden Fahrrad-Gepäckträger produziert, „Rümpelfix“ in Münster löst Haushalte auf, bei PSA in Bochoit werden Akten digitalisiert, in der Anker-Villa in Wiedenbrück gibt es ein gastronomisches Angebot und im Care-Kauf Unna Obst und Gemüse. Das Sozialunternehmen des Kreises wäre ein organisatorisches Dach für solche Integrationsbetriebe. Fotos: LWL

Kreis will Sozialbetrieb gründen

Eigenes Unternehmen soll 70 reguläre Arbeitsplätze schaffen / Start in Gravenhorst / Entscheidung im Dezember

gier-KREIS STEINFURT. Mit dem Aufbau eines eigenen Sozialunternehmens will der Kreis Steinfurt neuen Schwung in die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit bringen und die Herausforderungen der Inklusion aufnehmen. Innerhalb von fünf Jahren sollen insgesamt 70 neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Profitieren sollen davon vor allem sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

„Es gibt Menschen, die für den 1. Arbeitsmarkt noch nicht geeignet sind. Für sie wollen wir Beschäftigung schaffen und nicht Arbeitslosigkeit verwalten“, sagt dazu Kreis-Sozialdezernent Dr. Peter Lüttmann. Er hofft nun auf „Rückenwind aus der Politik“ für das im Münsterland bislang einmalige Projekt. Die Entscheidung soll im Kreistag im Dezember dieses Jahres fallen.

Startprojekt könnte dann die Übernahme des Cafés im Kloster Gravenhorst sein, wo ab dem 1. April 2014 in Zu-

sammenarbeit mit einem Freien Träger ein Integrationsbetrieb entstehen soll, der mit mehreren behinderten Menschen das Café und im ehemaligen Pastoratsgebäude eine Ferienpension betreiben könnte.

Doch dieses Projekt wäre erst der Anfang. Wie aus einer Sitzungsvorlage für den Sozialausschuss am 12.

»Wir wollen für Behinderte und Benachteiligte Beschäftigung schaffen und nicht Arbeitslosigkeit verwalten.«

Dr. Peter Lüttmann

September hervorgeht, sieht die Kreisverwaltung Perspektiven, ähnliche Betriebe im „grünen Bereich“ (Forstwirtschaft, Sportplatz- und Spielplatzpflege, Pflege des Rad- und Wandernetzes) zu gründen. Aufgaben könnten auch im Bereich Klima-

schutz und Energie oder im Bereich der Nahversorgung übernommen werden. So könnten Servicepoints im ländlichen Raum übernommen oder Dorfgemeinschaftsläden betrieben oder – wie beim Kloster Gravenhorst – gastronomische Angebote gemacht werden. Auch im Dienstleistungsbereich (hauswirtschaftliche Assistenz, Betreuungsassistenz für ältere Menschen) sieht die Verwaltung Chancen. Dabei soll natürlich darauf geachtet werden, dass das Sozialunternehmen nicht in Konkurrenz zur freien Wirtschaft oder zu bestehenden Trägern tritt.

Auch für die Finanzierung gibt es schon Rahmendaten. Bis zum Jahr 2019 würde der Kreishaushalt mit „Overhead-Kosten“ von insgesamt rund zwei Millionen Euro belastet. Vor allem die Kosten für vier Vollzeitstellen für Geschäftsführung, Rechnungswesen, Verwaltung und eine sozialpädagogische Fachkraft schlagen hier

zu Buche. Auf der anderen Seite stehen Einsparungen bei Kreis und Kommunen durch Senkung der Unterkunftskosten, es gibt Einsparungen bei den Sozialämtern und Einnahmen durch die Projekte. Diesen Betrag rechnet Lüttmann bis 2019 auf 1,83 Millionen Euro hoch, so dass am Ende nur 170 000 Euro an Kosten übrig bleiben. Und es könnten weitere Finanzierungsquellen erschlossen werden, wie das Landes-Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“. Außerdem spare der Bund Arbeitslosengeld II, der LWL könne Werkstatt-Arbeitsplätze abbauen, wovon über eine geringere Landschaftsumlage wiederum die Kommunen profitieren könnten, wirbt Lüttmann für das Konzept. Ab 2020 könnte das Sozialunternehmen sich sogar selbst tragen.

Derzeit stehen Gespräche mit dem Landschaftsverband, der Arbeitsagentur, Freien Trägern, der Kreis-

handwerkerschaft, den Bürgermeister und anderen an. „Wir wollen die alten Trampelpfade verlassen“, sagt Lüttmann und hofft auf breite Unterstützung.

Natürlich gebe es auch Risiken. Da sei zum einen die Abhängigkeit von den verschiedenen öffentlichen Förderungen. Jeder Zuschuss müsse beantragt werden, was einigen Verwaltungsaufwand nach sich ziehe; zudem gebe es keine Garantie für Bewilligungen. Das Sozialunternehmen habe auch keinen Einfluss auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen – Finanzprobleme seien nicht ausgeschlossen. Insgesamt halte die Verwaltung dieses Risiko jedoch für beherrschbar. Denn das Unternehmen sei breit aufgestellt, habe mehrere Zielgruppen im Blick, ruhe auf unterschiedlichen Finanzierungssäulen und sei nah an den Bedarfen der Menschen und unterschiedlichen Auftraggebern orientiert.

| Kommentar